

# Nordgrüne sprechen sich für eine gezielte Nutzung der Offshore-Windenergie aus

Die Grünen stehen für eine Stromversorgung, die schon bis zum Jahr 2030 zu 100% aus Erneuerbaren Energien erfolgen kann. Aus heutiger Sicht sind die Hauptenergiequellen dabei die Windenergie an Land und die Photovoltaik. Für das Gelingen einer Vollversorgung aus Erneuerbaren wird zusätzlich auch Offshore-Windenergie benötigt. Aufgrund ihrer höheren Verfügbarkeit leistet sie einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit. Deshalb bekennen sich die energiepolitischen SprecherInnen der Grünen in der Bremischen Bürgerschaft, der Hamburgischen Bürgerschaft, im Niedersächsischen Landtag und im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zum Ausbau der Offshore-Windenergie, unter besonderer Beachtung des Meeres- und Küstenschutzes als bedeutsamer Lebensraum für zahlreiche seltene Arten.

Offshore-Wind ist grüne Wirtschaftspolitik: Norddeutschland ist Schrittmacher und Technologieträger der Offshore-Windenergie. Die Branche sichert und schafft zahlreiche Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen, stärkt aber auch in küstenfernen Bundesländern die industrielle Wertschöpfung.

Offshore-Wind leistet einen wichtigen Beitrag zur Energiewende, zur regionalen Wertschöpfung, zur Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz. Die energiepolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen erwarten eine schnelle Umsetzung der von der Industrie angekündigten Kostensenkungen von bis zu 40 Prozent bis 2020 durch den Einsatz von industrieller Serienfertigung, Gewichtsreduzierungen und schwimmenden Fundamenten im Offshore-Ausbau. Nur die Entschlossenheit beim Ausbau von Offshore-Windenergie sichert diese Kostensenkung. Ohne Verlässlichkeit und Planungssicherheit können die Potenziale von Offshore-Windenergie nicht ausgeschöpft werden.

Derzeit werden sieben Windparks in der Nordsee und ein Windpark in der Ostsee gebaut. Weitere Investitionen in Offshore-Windparks bleiben momentan aus. Die aktuelle politische Diskussion, die die Zukunft des EEG und der Offshore-Förderung in Frage stellt, verunsichert die Investoren. Die Schwierigkeiten bei der Netzanbindung führen zu weiteren Verzögerungen. Diese Unsicherheiten erschweren die Projektfinanzierung.

In der Folge liegen die neu entstandenen Produktionskapazitäten an der Küste brach. Vielen Firmen der Offshore-Branche droht die Insolvenz, frisch qualifizierte Arbeitskräfte werden wieder entlassen. Die Offshore-Industrie in Norddeutschland und bundesweit benötigt für die nächste Ausbaustufe dringend Planungssicherheit. Die im Vertrauen auf die Offshore-Strategie der Bundesregierung getätigten Investitionen in Netzausbau, Produktionsanlagen und Hafeninfrastruktur wollen wir sichern.

Abweichend vom Ausbauszenario der Bundesregierung (10 GW bis 2020) befindet sich die Offshore-Windenergie aufgrund der beschriebenen Verzögerungen derzeit auf einem verlangsamten Ausbaupfad. Aus heutiger Sicht ist ein Ausbau auf 7 bis 9 GW bis 2023 immer noch möglich. Die neue Bundesregierung muss hier für klare und sichere Rahmenbedingungen sorgen:

### **1. Verlässliche Rahmenbedingungen im zukünftigen EEG:**

Eine zukünftige Senkung der Einspeisevergütung für Offshore-Windparks ist mittelfristig möglich und sollte auf Grundlage der erreichten Kostensenkung erfolgen. Um das EEG von unnötigen Kosten zu entlasten, ist zu prüfen, das Stauchungsmodell durch ein einstufiges Vergütungsverfahren abzulösen. Für Projekte, deren Planung bereits weit fortgeschritten ist, sollen Vergütungshöhe und Stauchungsmodell allerdings in der aktuellen Form beibehalten werden. Die Gesamtleistung dieser Projekte hat einen Umfang von etwa 4 GW. Die Höhe der Einspeisevergütung orientiert sich gegenwärtig am Zeitpunkt der Inbetriebnahme. Für Neuanlagen ist zu prüfen, ob höhere Planungssicherheit durch die Wahl eines früheren Zeitpunkts, wie z.B. dem Abschluss der Projektfinanzierung, erreicht werden kann.

### **2. Netzanbindung der Offshore-Windparks:**

Planungsunsicherheit und Verzögerungen bei der Netzanbindung sind ein Kostentreiber. Die Sicherstellung der nötigen Infrastruktur für die Anbindung der Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee ist zentrale Aufgabe des Bundes. Die Verantwortung liegt aber derzeit in der Hand von nur zwei Unternehmen, den regionalen Übertragungsnetzbetreibern. In den meisten Ländern sind die Stromnetze staatlich. Um die Schwierigkeiten der Netzbetreiber bei der Umsetzung des Ausbaus zu reduzieren und die Netzanbindung der Offshore-Windparks zeitnah sicherzustellen, wollen wir den Einstieg des Bundes in eine zu gründende deutsche Netzgesellschaft. Diese soll mehrheitlich in öffentlicher Hand sein. Eine Bürgerbeteiligung bei der Finanzierung von Netzausbauprojekten begrüßen wir.

### **3. Bereitstellung der nötigen Infrastruktur im Bereich der Nord- und Ostsee:**

Für den weiteren Ausbau der Offshore-Windenergie werden leistungsfähige Häfen benötigt. Wir fordern die Länder und den Bund dazu auf, eine Koordination des Ausbaus der norddeutschen Offshore-Häfen durchzuführen. Dies ist sowohl aus Gründen der Kosteneffizienz als auch des Umweltschutzes erforderlich. Eine Hafenkooperation muss ausreichende Kapazitäten für Produktion, Installation und Service sichern. Überkapazitäten und unnötige Eingriffe in Natur und Umwelt sind jedoch zu vermeiden.